

Protokolle der

BuFaK Physik

vom 5.12.85

bis 8.12.85

Sekretariat FSR-Bonn



Liebe Fachschafter

Wie ihr bald feststellen werdet hat der FSR-Bonn das Sekretariat ~~der Bundesfachschaftenkonferenz~~ übernommen (Hauptstadtsyndrom!).

Aber fangen wir doch mal etwas freundlicher an.

Schöne Grüße aus dem sonnigen Bonn ($\text{ca. } 8\text{mm/m}^2$). An diejenigen die ihr Protokoll noch nicht bei uns abgegeben haben ergeht hiermit die dringende Bitte-Anmahnung-Aufforderung-Erinnerung (unzutreffendes bitte streichen), dies so schnell wie möglich nachzuholen, damit wir die Restprotokolle möglichst bald unter die Leute bringen können. Es wäre toll wenn ihr die auf der BuFaK verabschiedete Presseerklärung zusätzlich an die lokale Presse verteilen könntet.

Da wir ausserdem eine Presseerklärung zum Thema SDI herausbringen sollen wir gerne eine kurze Einschätzung von euch, wie ihr euch zu diesem Thema als BuFaK äussern würdet.

P.S.: Schreibt den Doesburgern doch mal ob es euch in Duisburg auf der BuFaK gefallen hat.

Kurzprotokoll vom Abschlußplenum

1. Berichte aus den AK's

AK-Rüstung : Protokoll liegt vor. Der AK bittet um Rückmeldung
- siehe Anlage.

AK-FS-Arbeit : Protokoll liegt vor. Der Vorschlag des AK's wird angenommen und erweitert auf das Thema höhere Semester ansprechen. Karlsruhe bereitet einen Erstsemester AK vor.

AK-Integrierter Studiengang : Protokoll liegt vor und wird erweitert um die Anlage zur Gesamthochschule in NRW.

~~AK-Hochschule und Industrie : Protokoll liegt vor.~~

AK-HRG : Anregung an das Sekretariat öfter inhaltliche Themen aufzugreifen und die in der Sekretariatsfachschaft geführten Diskussionen nach Aussen zu tragen.

AK-Frauen/Männer : Es liegt kein Protokoll vor. Der AK hat eine kurze Stellungnahme zum AK fürs Protokoll bei.

AK-Gremienstrukturen : Protokoll liegt vor.

AK-Durchsetzung des Reformkurses : Hier liegt noch kein Protokoll vor. Wir hoffen es bald nachliefern zu können.

AK-Wespennest : Hier liegt noch kein Protokoll vor. Es geht bei diesem AK um den Kampf gegen die Wiederaufbau-
anleiheanlage die in Wyhl geplant war.

AK-Hochschule und Industrie : ~~Ätch das Protokoll liegt doch nicht~~
vor und wir bitten um baldiges Eintreffen in Bonn.

Es wurde eine Presseerklärung zum Thema HRG und das Gesamthoch-
schulkonzept verabschiedet und das Sekretariat wird beauftragt zwei
Presseerklärungen zu den Themen SDI und Frauen an der Hochschule
anzufertigen und zu verschicken.

Als Vorschläge für weitere AK's im nächsten Semester in Braunschweig
wurden vorgeschlagen :

AK-Kontinuierliche Fachschaftsarbeit

AK-Elitebegriff und Eliteförderung

AK-Perspektive der Hochschulen

AK-Amerikanischen Hochschulmodell

AK-Lehr- und Lernformen

Das Sekretariat wurde beauftragt die Privatadressenliste und die
Liste mit den Adressen der Fachschaften dem BuFaK-Protokoll bei-
zufügen. Das Sekretariat kümmert sich um die Fahrtkostenerstattung
für Süd-Fachschaften.

Inhaltsverzeichnis

Kurzprotokoll vom Abschlußplenum	Seite 1+2
Inhaltsverzeichnis	" 2
AK-HRG	" 3+4
Anlage: Forderungen des DGB	" 5+6
AK-Integrierter Studiengang	" 7
AK-Rüstung	" 8+9
AK-Gremienstruktur	" 10+11
AK-Frauen / Männer	" 11
Presseerklärung zur Gesamthochschule und HRG	" 12
Anlage : Gesamthochschule in NRW	" 13-16
AK-Fachschaftsarbeit	" 17
Anlage : Fragebogen zu AK-FS-Arbeit	" 18+19
Anlage : Rückmeldungen	" 20
Anlage : Adressenlisten	" 21-

Alle noch fehlenden Protokolle wollen wir so schnell wie möglich
nachliefern.

5300 Bonn 1
Wegelerstr. 1
Tel. 79/27 88
Fachschaft
PHYSIK

Protokoll des Arbeitskreises HRG:

Anwesend waren : Bonn(Ignatios), Karlsruhe(Klaus), Heidelberg (Gerhard), Tübingen(Bernd), Duisburg(Beate), Wuppertal(Roland, Panagiotis), Heidelberg(Johannes)

Diskussion

Nach einer einführenden Über sozial-ökonomisch-historische Hintergründe des HRG und seiner Novelle sowie deren Inhalt kamen wir zu folgender Feststellung :

"Wir müssen mit dem Arsch wech von der Wand!!"

Daher entwickelten wir unsere Gegenforderungen:

Wir fordern für a l l e Studentinnen/Studenten eine akademische Ausbildung in sozialer und gesellschaftlicher Verantwortung!

D.h.: mehr gesellschaftliche Fächer als Wahlfächer (Soziologie, Wirtschaftswissenschaften,); Seminare wie zum Beispiel: Umweltseminar, Neue Technologien und ihre Auswirkungen.....

Wir fordern, jede weitere Stärkung der Stellung des Professors im universitären Betrieb zu unterlassen :

D.h.: Keine direkte Einflußnahme des Professors auf die Personalstruktur der Abteilung, die Personalstruktur soll durch ein paritätisch besetztes Gremium festgelegt werden.

Natürlich fordern wir damit auch eine demokratische Besetzung aller Gremien (1/3 Parität: lehrendes Personal, nichtlehrendes Personal, Studenten)

Wir fordern Kompetenzklarheit.

Forschung und Finanzierung : Wir fordern eine Offenlegung der Forschungsprojekte und ihrer Finanzierung als Grundlage einer wirksamen Kontrolle durch Hochschulgremien & Gesellschaft. Mißbrauch erfordert Restriktionen!

Zur Durchsetzung dieser Forderungen wissen wir zwar nicht, was euch ein freundlicher RCDSler empfiehlt, wir empfehlen euch kein Tögel, sondern:

- Zur Mobilisierung der Masse (mit dem Trägheitsmoment $I = 23 \cdot 10^{30}$ karat·barn):
Aktionen wie: - Eliteparkplatz - Eliteaufzug - Elitemensaessen
- Elitehörsaal
- Ankündigungen zu Elitekläsuren
- Briefaktion: Briefe an die Prof's von einer simulierten amtlichen Seite, betreffend die Überprüfung ihrer Kompetenz zur Leitung eines Steilkurses.
- Jedes zehnte Exemplar der HRG-Flugblätter auf der Rückseite mit "Elitestudent" kennzeichnen
- Information/Diskussion: das Übliche: Flugblätter, Podiumsdiskussionen, VV's zum Thema, AK's, Stellwände, speziell auf Erstsemesterinformation achten!!!
- Aktionen mit Außenwirkung: Unterschriftensammlungen (persönlich übergeben!), Anhörungen bei Vertretern der Landesregierung oder Abgeordneten (Medien nicht vergessen; inhaltlich gut vorbereiten, Ziel ist am Image der Leute zu kratzen!), Demos, Kontaktaufnahme mit Schülervertretungen, Personalvertretungen/Gewerkschaften, ...
- Allgemeines/ strategisches: Verbindung aufnehmen zu anderen Fachschaften (z.B. Berlin ; dort kursiert schon der erste Landeshochschulgesetzentwurf zur HRG-Novellen-Umsetzung; s.Anlage); evtl. zeitlich abgestimmte Aktionen wie bundesweiter Aufruf gegen die Anpassung der LHG's; Auch auf SPD - Ministerien muß man Druck ausüben, denn wie die NRW-Ministerin Anke Brunn erstaunlich offen sagte, wird sie nur so weit im ihrem Widerstand gehen, wie Druck von unten da ist. (landesweiter Kontakt!!)

Eine zeitliche Kontinuität der Aktionen muß gewahrt bleiben, um die Wirkung und die Wut im Bauch der Leute nicht ins leere verpuffen zu lassen.

Hingewiesen sei noch auf den von den vds, also UNSEREM Dachverband geplanten Festgriß im SoSe, auf dem positive Utopien für die Hochschulen entwickelt und formuliert werden sollen!!!

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Hochschulreform

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 8. Mai 1973 die folgenden Forderungen einstimmig beschlossen:

Auf Grund ihres gesellschaftspolitischen Auftrages beanspruchen die Gewerkschaften eine führende Rolle bei der Diskussion und Durchsetzung der Bildungsreform. Für den Hochschulbereich bedeutet dies, daß die Reform von den Interessen der Arbeitnehmer bestimmt sein muß. Durch eine wirksame Erfüllung ihrer Aufgaben haben die Hochschulen zur Emanzipation und zu zunehmender Chancengleichheit beizutragen. Forschung und Lehre müssen unter Berücksichtigung der Freiheitsgarantie durch das Grundgesetz dem Grundsatz demokratischer Kontrolle unterworfen werden. Dies folgt aus dem gesellschaftlichen Auftrag und der Verantwortung der Hochschulen gegenüber der Gesellschaft und dem allgemeinen Demokratiegebot des sozialen Rechtsstaats.

Die kaum begonnene Hochschulreform droht zu scheitern. Konservative Kräfte bemühen sich intensiv, Reformen zu verhindern oder die eingeleiteten Reformen rückgängig zu machen.

Daher fordert der DGB, die bisherige Isolation der Bildungs- und Wissenschaftspolitik im Hochschulbereich zu überwinden und der Reform zum Durchbruch zu verhelfen.

1. Hochschule – Staat – Gesellschaft

1. Der DGB fordert die generelle Einführung der Integrierten Gesamthochschule. Die Integrierte Gesamthochschule muß alle Einrichtungen des tertiären Ausbildungsbereiches integrieren. Neue Hochschulen sind nur noch als Integrierte Gesamthochschulen zu gründen. Alte Einrichtungen des tertiären Bereichs sind bis spätestens 1980 in Gesamthochschulen zu integrieren. Die folgenden Grundsätze gelten bis zum Zeitpunkt der Integration auch für die nicht integrierten Hochschuleinrichtungen.

2. Der DGB wendet sich mit allem Nachdruck dagegen, die Entwicklung zu integrierten Gesamthochschulen dadurch zu unterlaufen, daß Teilbereiche von Forschung und Lehre aus den Hochschulen ausgegliedert oder aus dem Geltungsbereich der Hochschulgesetze ausgeklammert werden. Die Einrichtung und Finanzierung von privaten Hochschulen und von staatlichen Sonderhochschulen werden entschieden abgelehnt.

3. Der DGB fordert, das Zusammenwirken von Staat und Gesamthochschulen nach Art und Umfang gesetzlich zu regeln. Dies gilt in gleicher Weise für die Aufgaben in Forschung, Lehre und Studium. Hierbei sind die Erfüllung des gesellschaftlichen Auftrages der Gesamthochschulen und die Verwirklichung der hierdurch berührten Verfassungsgrundsätze zu gewährleisten.

4. Die Rechtsstellung der Integrierten Gesamthochschule muß das Recht und die Pflicht umfassen, ihre Angelegenheiten in eigener Zuständigkeit selbst zu verwalten und die Freiheit der Forschung, der Lehre und des Studiums ihrer Mitglieder zu gewährleisten. Zur besseren Erfüllung ihrer Aufgaben müssen die Gesamthochschulen nach Maßgabe gesetzlicher Regelungen auf Bundes- und Landesebene in Gesamthochschulkonferenzen zusammenwirken.

5. Der DGB fordert hinsichtlich der Hochschulgesamtplanung, daß Staat und Gesamthochschulen auf gesetzlicher Grundlage unter Berücksichtigung ihrer gegenseitigen Verantwortung gleichberechtigt zusammenwirken. Die Hochschulgesamtplanung ist in die mittelfristige Finanzplanung einzubeziehen. Die Zuständigkeit des Parlaments, bestimmte Haushaltsmittel mit einer Zweckbindung zu versehen, bleibt davon unberührt.

6. Ebenso wie der DGB Betriebsstrafen und ein spezielles Ordnungsrecht in anderen Bereichen ablehnt, wendet er sich entschieden gegen ein spezielles Ordnungsrecht an den Hochschulen. Der DGB sieht das geltende Recht als ausreichend an, um die Ordnung an den Hochschulen sicherzustellen.

II. Studium – Lehre – Forschung

7. Der DGB fordert Bund und Länder auf, durch die Erstellung weiterer Studienplätze den unerträglichen Numerus clausus zu beseitigen und Kapazitäten zur Öffnung der Hochschulen für interessierte Arbeitnehmer zu schaffen. Durch Gesetz ist auch sicherzustellen, daß die vorhandenen Ausbildungskapazitäten der derzeitigen Hochschuleinrichtungen erschöpfend genutzt werden. Der Numerus clausus stellt eine sozial ungerechte und absolut unzureichende Mangelverwaltung dar.

8. Die Integrierte Gesamthochschule muß allen Arbeitnehmern offenstehen, damit sie Hochschulabschlüsse erwerben oder nachholen können. Die berufliche Ausbildung muß gleichberechtigt neben die schulische Ausbildung treten. Um dieses Ziel zu erreichen, sind geeignete Kurse in der ersten Phase des Studiums anzubieten; die Qualifikation zum Studium erweist sich im Studium. Berufliche Erfahrungen sind anzurechnen.

9. Das wesentliche Element der Entwicklung zu Gesamthochschulen ist eine Reform des Studiums. Studienreform kann nur unter Beteiligung aller Mitgliedergruppen der Integrierten Gesamthochschule konzipiert werden, da unmittelbare Rückwirkungen auf die Studierenden und auf die Arbeitsplätze aller Arbeitnehmer eintreten.

10. Die Studiengänge müssen so gestaltet werden, daß sie zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche berufsqualifizierende Abschlüsse ermöglichen, ohne daß die Studierenden von vornherein auf einen bestimmten Studienabschluß festgelegt werden. Das Studium muß insbesondere Sachkenntnis, Kritikfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft für Aufgaben in allen gesellschaftlichen Bereichen und insbesondere für die angestrebte Berufspraxis vermitteln.

11. Die Studienreform muß die Trennung von zu theoretisch orientiertem Studium an den bisherigen Universitäten und von zu unkritisch auf die derzeitige Berufspraxis ausgerichtetem Fachhochschulstudium aufheben. In jeder Phase des Studiums müssen die Anwendung wissenschaftlicher Methoden, die kritische Prüfung vorgegebener Lehrmeinungen und die kritische Einbeziehung der Praxis des angestrebten Berufsfeldes im Vordergrund stehen. Die Zusammenarbeit verschiedener Fachbereiche bei der Lösung von Problemen muß – in der Form der Gruppenarbeit – eine aktive Rolle der Studierenden sicherstellen. Die Form des »Projektstudiums« soll helfen, zu behandelnde Gegenstände und Teilprobleme aus der Berufspraxis zu wählen und solche Studierende, die bereits im Beruf stehen oder standen, einzubeziehen.
12. Kontaktstudium sowie Angebote zur Weiterbildung für alle Arbeitnehmer in der Form des Direktstudiums und des Fernstudiums im Medienverbund müssen zu den unverzichtbaren Aufgaben der Gesamthochschulen gehören.
13. Auf allen Stufen des Studiums Ausbildung an Gesamthochschulen müssen die Studierenden eine ausreichende Förderung erhalten. Dies gilt auch für die Teilnehmer an Kontaktstudiengängen oder sonstigen Formen der Weiterbildung. Das heißt: Für jeden Jugendlichen und Erwachsenen muß ein Rechtsanspruch auf öffentliche Bildungsförderung im Gesamthochschulbereich bestehen.
14. Die Forschung an der Integrierten Gesamthochschule muß in gleichberechtigter Mitwirkung aller Mitgliedergruppen durchgeführt werden. Nur in dieser Zusammenarbeit kann die Freiheit der Forschung verwirklicht und zugleich ihre gesellschaftliche Funktion sichtbar werden.
15. Die Forschungsplanung muß ihre Schwerpunkte und Prioritäten so setzen, daß die grundlegenden gesellschaftlichen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Als langfristige Gemeinschaftsaufgaben, die im Rahmen staatlicher Forschungsfinanzierung verstärkter Förderung bedürfen, müssen solche Forschungen gelten, die dazu beitragen, eine humane Zukunft der Gesellschaft rational zu gestalten. Dazu gehören Bereiche der Sozialwissenschaft, insbesondere der Arbeitswissenschaft, der Arbeits- und Unfallmedizin, der Friedens- und Zukunftsforschung, der Umwelt-, Raumordnungs- und Städtebauforschung sowie der Bildungs- und Berufsbildungsforschung.
16. Forschungsvorhaben Dritter oder mit den Mitteln Dritter – auch als Nebenaktivität und auch als staatlicher Auftrag – dürfen nur durchgeführt werden, wenn sie den Aufgaben der Gesamthochschulen und ihrer Verantwortung für die Gesellschaft entsprechen. Die Kontrolle der Drittmittel unterliegt den Kollegialorganen der Gesamthochschule. Die Drittmittel sind im Haushalt auszuweisen.

III. Personalstruktur – Mitbestimmung – Organisation

17. Die Neuordnung der Personalstruktur muß sicherstellen, daß die Arbeitnehmer der Integrierten Gesamthochschule korporationsrechtlich nur noch in zwei Gruppen unterschieden und zusammen mit der Gruppe der Studierenden in dieser Form gesetzlich verankert werden:
 1. Arbeitnehmer mit Lehraufgaben,
 2. Arbeitnehmer ohne Lehraufgaben,
 3. Studierende.
18. Alle Arbeitnehmer mit Lehraufgaben bilden gleichberechtigt den einheitlichen Lehrkörper. Für sie sind – soweit dies noch nicht der Fall ist – gleichrangige Hochschullehrerstellen einzurichten. Die Gruppe der Arbeitnehmer ohne Lehraufgaben erhält alle sonst in Forschung, Technik und Verwaltung Tätigen. Die Gruppe der Studierenden umfaßt alle, die nicht in einem Arbeitsverhältnis zur Hochschule stehen, also auch Studierende im Bereich der Weiterbildung sowie – unabhängig von der Vergabe – alle Stipendiaten.
19. Der DGB fordert nachdrücklich, daß den drei Gruppen gleiche Mitbestimmungsrechte in allen Fragen eingeräumt werden. Alle Selbstverwaltungsorganen müssen im Verhältnis 1:1:1 zusammengesetzt sein (Arbeitnehmer mit Lehraufgaben : Arbeitnehmer ohne Lehraufgaben : Studierende).
- Der DGB fordert entsprechende Regelungen im Hochschulrahmengesetz und in den Hochschulgesetzen der Länder.
- Keine dieser Gruppen darf durch die Einführung von besonderen Geschäftsordnungs- oder Wahlverfahren benachteiligt werden.
20. Die Organisationsstruktur der Gesamthochschule ist durch Gesetz in einem Rahmen festzulegen, der die Prinzipien der Effizienz, Verantwortung, Kontrolle und der öffentlichen Durchschaubarkeit eindeutig bestimmt. Hierzu sind auf zentraler Ebene und Fachbereichebene ausführende und entscheidende Funktionen klar gegeneinander abzugrenzen. Die Entscheidungsfunktionen liegen allein bei den Kollegialorganen, die auf allen Ebenen nach den Mitbestimmungsregeln im Verhältnis 1:1:1 zu besetzen sind.
21. Da die Lehrtätigkeit der Arbeitnehmer mit Lehraufgaben und die Lernfreiheit der Studierenden einander bedingen, muß die Durchführung von Lehre und Studium unter gleichberechtigter Mitwirkung aller Mitgliedergruppen im Rahmen der generellen Mitbestimmung geregelt werden.
22. Im generellen Rahmen der Mitbestimmung fordert der DGB für die Kliniken der Gesamthochschulen, daß bei der Krankenversorgung die Entscheidung in Diagnose und Therapie beim behandelnden Arzt liegt. Dem entspricht die Pflicht, im nötigen Umfang Ärzte betroffener Fachrichtungen hinzuzuziehen.
23. Angesichts der besonderen Ausbildungssituation der Studierenden und der Schwierigkeit der Organisation dieser größten Gruppe an der Integrierten Gesamthochschule fordert der DGB die Beibehaltung der verfaßten Studienstenschaft und hält ihr politisches Mandat für unverzichtbar.

Protokoll: AK integrierter Studiengang

Vorstellung des Konzepts

1) i-Modell / y-Modell (siehe Anlage)

Die integrierten Studiengänge sollen die klassische Trennung von rein praxisorientierten und rein wissenschaftl. Studiengängen aufheben.

Grundstudium: Gemeinsame Ausbildung von beiden Studiengängen
Wechselseitige Beeinflussung in Lehre und Forschung

Hauptstudium: Trennung DI- Praxisorientiert/ DII Wissenschaftl.

Wechsel soll ohne Mehraufwand möglich sein

Sinn eines solchen Studiengangs: Wechselmöglichkeit, Möglichkeit über den eigenen Studiengang hinaus zu Blicken,

Problem: 2-seitigkeit eventuell zu große Belastung

Vorteile-Nachteile

Unterschiedliche Dauer von Studium und Diplomarbeit sollte abgebaut werden, weil unerwünschte abqualifizierung des praxisorientierten Studiengangs

2) Realität der GH's (DU, W)

Diskrepanz zum Modell

Es sind starke Tendenzen zur Separation der integrierten Studiengänge zu erkennen, z.B. Wahlpflichtfächer und Mathe sind so konzipiert, daß ein Wechsel in jeder Richtung unzumutbaren Mehraufwand kostet.

Nicht umgesetzte Punkte: Hochschuldidaktische Zentren und Projektstudiengruppen

3) Kritik

Geringere Bewertung des DI Studienganges

Dieses Konzept bietet durch die Möglichkeit mit unterschiedlichen Studienvoraussetzungen zu beginnen eine Chance, die Bildungsgleichheit zu erlangen. Es sollte jedoch eine finanzielle Absicherung gewährleistet werden um vor dem Studium in freiwilligen, auch für Fachhochschulreife nicht Scheinpflichtigen, Kursen die Wissensunterschiede anzugleichen.

4) Kompabilität

Die Kompabilität erzwingt eine breitere Ausbildung, was zu einem größeren geistigen Horizont, aber auch zu Mehraufwand wegen späterer Spezialisierung führt

Gefahr: Ausbildung für die Industrie (Vergewaltigung des Begriffs Praxisorientiert)

5) Gesellschaftskritik

Wesentliche Elemente des GH-Konzeptes sind die Forderungen nach tätigkeitsfeldbezogenem Studium und interdisziplinären Projektstudiengängen, die die Absolventen in die Lage versetzen sollen, Problemstellungen unter gesellschaftsrelevanten Aspekten zu behandeln.

Es kristallisierten sich verschiedene Vorstellungen heraus wie dieser Anspruch verwirklicht werden kann.

i) geisteswissenschaftl. Veranstaltungen werden zur Pflicht

ii) " " " Bestandteil des Wahlpflichtkatalogs

iii) das Studium muß von der Semesterwochenstundenzahl so gestaltet sein, daß Student/inn/en die Möglichkeit haben kritische Veranstaltungen zu besuchen

iv) eine Veranstaltung über die Verantwortung des Physikers gegenüber seinem Umfeld wird verpflichtend

Protokoll zum Arbeitskreis Rüstung:

Anwesend waren: -Bonn, vertreten durch Ignatios und Christoph
-Aachen, vertreten durch Sabine
-Wuppertal, vertreten durch Roland
-Heidelberg, vertreten durch Johannes
-aus Karlsruhe kam Klaus
-Michael aus Tübingen
-Jürgen, auch aus Bonn
-Thomas aus Kaiserslautern

Zuerst haben alle Anwesenden kurze Beiträge über bisherige
Aktionen auf den Gebieten a) der Öffentlichkeitsarbeit zur
Rüstungsproblematik

b) der Rüstungsforschung

an den jeweiligen Hochschulen gegeben.

Der allgemeine Konsens war in etwa, daß fast überall die Thematik "Rüstung und Naturwissenschaft" ausreichend repräsentiert wird, an manchen Hochschulen (Aachen z.B.) ist bereits eine gewisse Ermüdung der Studenten eingetreten, was sich vor allem in rückläufigen Besucherzahlen bei Seminaren, Ringvorlesungen und Vorträgen äußert.

Über Aktivitäten auf dem Gebiet der Rüstungsforschung war (fast) durchgehend nichts Konkretes bekannt (was eigentlich ziemlich bestürzend ist, denn wenn nicht einmal die Leute an der HS was wissen, wie soll das dann die Öffentlichkeit erreichen?) Lediglich Roland aus Wuppertal wußte zu berichten, daß die E-Techniker seiner Hochschule Teile für die FlaRak "roland" entwickelt haben.

Da wir uns ziemlich alle darüber einig waren, daß eine Diskussion über großpolitische und strategische Aspekte der Rüstung weder befruchtend sein, noch Ergebnisse bringen kann, haben wir uns überlegt, wie man den oben aufgetauchten Problemen (Informationsmüdigkeit, gleichzeitig mangelnde Information) wirksam gegenüber treten kann.

Hier nun unsere Vorschläge:

-Erstellung einer Kartei, die Informationen von Firmen und Hochschulen, die sich auf dem Gebiet der Rüstung betätigen, enthält. Sie sollte der Information von Hochschulabgängern dienen (auch Friedensinitiativen könnten gezielte Hinweise

erhalten; jedoch sollte die Existenz einer solchen Kartei nur so publik wie nötig sein, um mögliche Informanten aus der Industrie zu schützen, eine Veröffentlichung hätte unserer Meinung nach nur wenig Sinn, da die Bevölkerung nicht grundsätzlich gegen Rüstungsforschung ist).

Wir wollen nun Informationen sammeln (z.B. über bereits bestehende Karteien) und euch bitten, Informationen, so ihr sie habt, an's Bufka-Sekretariat (was heuer die Bonner Fachschaft übernimmt, weiterzuleiten.

- Klaus aus Karlsruhe hatte, wie andere auch, Schwierigkeiten, seine Infos rüberzubringen; mangels Interesse, wie er meinte. Wir halten es daher für absolut notwendig, auf die Problematik Rüstung bereits in der Orientierungsphase (O-Einheit, Einführungs-s-woche) einzugehen, vielleicht auch in Zusammenhang mit einem größeren Themenkreis "Vüsik und Verantwortung".

Gegen die zunehmende Informationsmüdigkeit unter den Studenten (natürlich nur Nichtfachliches betreffend) haben wir uns Folgendes ausgedacht:

- Stärkere Zusammenarbeit der F achschaften bei der Organisation von Seminaren und Ringvorlesungen, Austausch von Referenten und Adressen von solchen (damit man nicht immer dieselben Gesichter sieht).
- Aktionen wie -Film-, Kabarett- und Theateraufführungen
 - Veranstaltung von Planspielen, z.B. zum Thema "Prof und Vertreter der Industrie setzen sich zusammen"
 - Verteilung von Übungsblättern mit Aufgaben zum Thema Rüstung, etwa:
 - 1) Die Abfangwahrscheinlichkeit für ICBM's liegt für verschiedene Abfangsysteme bei 10,15,21 und 34% . Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, daß,.....

Wir wissen, daß ein Teil von euch solche Aktionen bereits durchgeführt hat, trotzdem müssen wir weitermachen, um zu verhindern, daß die Physiker zu unkritischen Denkmaschinen für die Rüstungsindustrie gemacht werden

Arbeitskreis Gremienstruktur der BUFAK-Physik 85/86

- 1) Ursprung: Ordinarienuniversität
- 2) '68: Wendepunkt "Demokratie an der Hochschule"
- 3) '72: politische Formulierung der Ansätze zur Demokratisierung in der Form von gesetzlichen Grundlagen für die Gruppenuniversität und die Gesamthochschule (GHS-Entwicklungsgesetz) auf der Basis von bereits bestehenden Mitbestimmungsmodellen (Gewerkschaft, Montanmodell)
Modell der GHS: Demokratisierung der Struktur der Entscheidungsgremien durch Vereinfachung und weitgehendes Paritätsprinzip (2:1:1:1) (Prof.:wiss.Mitarb.:Stud.:nichtw.Mitarb.)
- 4) '73: Forderung der Drittelparität durch fortschrittliche Kräfte
-Gewerkschaftsmodell:
1/3 Arbeitnehmer mit Lehrauftrag
1/3 Arbeitnehmer ohne Lehrauftrag
1/3 Studierende
-Studentenschaftsmodell:
1/3 Professoren
1/3 wissenschaftliche und nichtw. Mitarb.
1/3 Studenten/Studentinnen
Erfolg: Ordinarienuniversitäten werden (nur) gesetzlich abgeschafft, Gruppenuniversitäten eingeführt und Gesamthochschulen gegründet zum Teil mit den Mitbestimmungsmodellen.
- 5) Entwicklung :Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, daß die Professoren die absolute Mehrheit haben müssen
Begründung:Freiheit von Forschung und Lehre
- 6) '76 1.HRG 1. HRG verabschiedet. das so lange "verbessert" worden ist, bis die Ursprünglichen fortschrittlichen Gedanken von einer Verbreitung der GHS und alternativer Bildung nur noch fragmentarisch vorhanden waren.
- 7) Heute (ist) Gesamthochschulkonzept stagniert, des Zustand in den Gremien ist: Scheindemokratie oder undemokratisch an Universitäten in verschiedenen Bundesländern.
- 8) HRG Novelle: Das Gesamthochschulkonzept ist gestorben, der Konvent, bisher noch paritätisch besetzt wird auch zum Gremium mit Professoren-Mehrheit

Thesen: mindestens Drittelparität in allen Gremien zur Demokratisierung der Hochschule, Dabei sind mehrere Modelle denkbar. Dies ist ein Punkt zur Diskussion: Freiheit von Forschung und Lehre gilt für alle Gruppen an der HS nicht nur für Professoren. Um die Gremienarbeit zu straffen sollte es nur zwei Ebenen geben: Fachbereichsbelange und Hochschulweite Belange

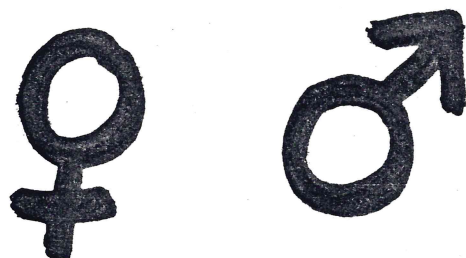
Probleme, die nur andiskutiert worden sind:

Mit diesen Gremien ist die verfasste Studentenschaft nicht überflüssig

Die Vertretung der Frauen in diesen Gremien muß gewährleistet werden, z.B. Berufungskommissionen sollten geschlechtsparitätisch besetzt werden, um gerechte Berufungen zu gewährleisten

Frauenförderung!! ist für eine echte Demokratisierung notwendig

Die Besetzung der Gremien ist nur eine Bedingung (notwendig, aber nicht hinreichend) die eine funktionsfähige Demokratisierung ermöglicht, genauso wichtig ist die Kompetenz... der Gremien, damit die Gremien eben nicht zu Labervereinen werden,



Dies ist kein Protokoll sondern nur ein paar Gedanken was man/frau hätte anders machen sollen

Es hat sich als nicht sehr sinnvoll herausgestellt AK's zu diesem Thema allzu spontan und unvorbereitet durchzuführen. Die Erwartungen der Teilnehmer waren zu verschieden und unkonkret für eine konstruktive Arbeit. Mangelhaftes Vertrauen durch Fremdheit oder Antipathie führten zu einem Aneinander-vorbei-reden auf einer theoretisch oberflächlichen statt einer persönlichen Ebene. Es ist uns nicht gelungen die klimatischen Spannungen abzubauen. Für die Zukunft wäre anzuregen, daß AK's die ein persönliches Klima erfordern sich in kleine Untergruppen aufspalten, um zu gewährleisten, daß sich in so einer Gruppe Leute befinden die sich Sympathisch sind. Prinzipiell ist es anzuzweifeln, ob solche AK's überhaupt institutionalisierbar sind, oder man/frau nicht besser darauf warten sollte, daß sie abends oder in Pausen von selbst entstehen.

Wir haben festgestellt, daß es sowohl allgemeine als auch physikerspezifische Probleme im Umgang zwischen Männern und Frauen gibt. Dabei blieb unklar, ob die spezifischen Probleme allein im ungleichen Zahlenverhältnis oder an dem Charakter der Leute die sich fürs Physikstudium entscheiden liegen.

Presseerklärung der BuFaK Physik

Vom 5.12.85 bis zum 8.12.85 fand in der Gesamthochschule Duisburg die Bundesfachschaftenkonferenz Physik statt. Der in diesem Semester behandelte Schwerpunkt war die 1972, im Rahmen der Reformierung des Bildungswesens entwickelte Konzeption der integrierten Gesamthochschule. Unsere Forderung ist, daß Hochschulabsolventen in der Lage sein sollten eine Problemstellung auch unter gesellschaftlichen Aspekten zu betrachten. Diese wäre mit der Durchsetzung des Gesamthochschulkonzeptes an allen Hochschulen weitgehend zu erfüllen.

Deshalb fordern wir:

- Das Gesamthochschulkonzept muß mit interdisziplinären Projektstudiengängen und tätigkeitsfeldbezogenem Studium wieder im Hochschulrahmengesetz verankert und an allen Hochschulen verwirklicht werden.
- Keine Eliteförderung auf Kosten der Mehrheit der Studenten und Studentinnen
- Der in der HRG-Novelle ermöglichte unkontrollierte Einfluß der Industrie auf Lehr- und Forschungsinhalte muß verhindert werden
- Die Demokratisierung der Hochschulen und die Sicherung der Verfassten Student/inn/enschaft
- In Bayern und Baden-Württemberg muß die Verfasste Student/inn/enschaft wieder eingeführt werden

Sekretariat der Bufak Physik
Fachschaft Physik in Bonn
i.A. Elke Gröger

Physik

Regelung

Anlage: Gesamthochschulen in NRW

Entstehung

Im Jahre 1972 hat der nordrhein-westfälische Landtag das Gesetz über die Errichtung und Entwicklung von Gesamthochschulen (Gesamthochschulentwicklungsgesetz/GHEG) verabschiedet, das auf der Grundlage des damals gültigen Hochschulgesetzes die Errichtung von fünf Gesamthochschulen (Duisburg, Essen, Wuppertal, Siegen, Paderborn) und außerdem die Umwandlung aller anderen staatlichen Hochschulen in Gesamthochschulen vorsah.

Es wurden 15 sog. "Gesamthochschulbereiche" gebildet, in denen regional Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen zusammengefaßt wurden. (z.B. in Aachen die RWTH, die FH und die PH). Als gemeinsames Gremium der Gesamthochschulbereiche wurde ein Gesamthochschulrat geschaffen, dem die Vertreter der Hochschulen angehörten. Der Gesamthochschulrat sollte die Zusammenarbeit der Hochschulen sicherstellen und einen Plan zur Zusammenführung der beteiligten Einrichtungen in einer Gesamthochschule ausarbeiten. Dieser Plan sollte spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes vorliegen, anderenfalls war die Zusammenführung der Hochschulen auf der Grundlage einer Rechtsverordnung der Landesregierung vorgesehen.

Wenige Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes wurden die fünf vorgesehenen Gesamthochschulen gegründet (sie bestehen bis heute noch); 1974 folgte die Fernuniversität -Gesamthochschule- in Hagen. Eine Zusammenführung von schon bestehenden Hochschulen zu Gesamthochschulen hat nie stattgefunden. Lediglich die an den Orten der neugegründeten Gesamthochschulen bestehenden Hochschuleinrichtungen wurden in die GH's überführt; eine "wissenschaftliche" Hochschule war davon nirgends betroffen.

1980 trat das Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen (WissHG) in Kraft, als Anpassung des Landesrechts an das HRG von 1976. Seitdem ist die offizielle Bezeichnung der GH's "Universität -Gesamthochschule-", wobei ein immer größer werdender Kreis von Profs und Hochschulbürokraten dazu tendiert, das zweite Wort wegzulassen oder wenigstens möglichst klein zu schreiben. Das WissHG nimmt Abschied von der Vorstellung, bestehende Hochschulen zu integrieren, fordert lediglich die Zusammenarbeit der verschiedenen Hochschularten.

Nach den Plänen der Bundesregierung soll nun auch der Begriff der Gesamthochschule als Modell für die bundesdeutschen Hochschulen aus dem HRG verschwinden. Das würde endgültig das Ende bedeuten für alle Vorstellungen, irgendwo noch bestehende Universitäten fortschrittlich verändern zu können; die konkreten Auswirkungen auf die bestehenden Gesamthochschulen sind noch nicht detailliert abzusehen, jedenfalls wird die GH einen Randgruppenstatus bekommen und der Druck von rechts, aus den GH's ganz normale Universitäten zu machen, wird steigen.

Aufbau

An den Gesamthochschulen in NW bestehen zur Zeit nebeneinander alle Arten von Studiengängen: Fachhochschulstudiengänge, Lehramtsstudiengänge für Primarstufe, Sek I und Sek II, Magister- und Diplomstudiengänge und die gesamthochschulspezifischen integrierten Diplomstudiengänge.

Von der ursprünglichen Vorstellung, möglichst viele integrierte Studiengänge zu bilden, wurde schon lange Abstand genommen, allerdings stellt dieser Bereich nach wie vor die meisten Studenten.

Die Organisation der Hochschule entspricht im wesentlichen der der anderen Hochschulen in NW. Die GH gliedert sich in Fachbereiche, die durch ihre Fachbereichsräte und den Dekan vertreten werden, Organe auf Hochschulebene sind das Rektorat, der Senat und der Konvent. Die Studentenschaft ist als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Zwangsmitgliedschaft und -beiträgen gesetzlich (WissHG) verankert. Die Hochschulorgane werden nach Gruppen getrennt direkt gewählt. Das einzige Organ, in dem keine absolute Mehrheit der Professoren besteht, ist der Konvent, dessen Befugnisse allerdings auch entsprechend gering sind (Wahl des Rektors, Verabschiedung und Änderung der Grundordnung; allerdings alles nur auf Vorschlag des Senats).

Integrierte Studiengänge

Kernbereich der Gesamthochschulen sind die sog. "integrierten Studiengänge", die Studien mit unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen und unterschiedlichen Studienabschlüssen ermöglichen.

Der integrierte Studiengang ist aufgeteilt in zwei Studienzweige: Das Studium mit in der Regel kürzerer Studiendauer führt zum Diplom I, das mit der längeren zum Diplom II. Die Diplombezeichnungen sind in den Prüfungsordnungen konkretisiert, in der Physik etwa ist Diplom I = Diplom-Physikingenieur und Diplom II = Diplom-Physiker.

Beide Studienzweige sollen ein gemeinsames Grundstudium haben und sich erst nach der Diplom-Vorprüfung trennen; in der Praxis wird hiervon jedoch mehr oder weniger stark abgewichen, was die Möglichkeit des Wechselns mitunter mehr erschwert als theoretisch vorgeesehen.

Einige GH's und Fachbereiche nutzen die Möglichkeit, zwei verschiedene Abschlüsse anzubieten, auch zu einer starken grundsätzlichen Trennung. In Duisburg studieren die Mathematiker z.B. entweder Mathematik (Diplom II/8 Semester) oder Wirtschaftsmathematik (Diplom I/9 Semester); hier werden zusätzlich noch die zeitlichen Vorstellungen der GH-Konzepts umgedreht.

Zugangsvoraussetzung für die integrierten Studiengänge ist das Abitur oder die Fachhochschulreife (gleich welcher Fachrichtung gültig für alle Studiengänge) oder ein Zeugnis, das einem von beiden gleichwertig ist.

Wer allerdings mit Fachhochschulreife das Hauptstudium im D II-Zweig aufnehmen will, muß im Grundstudium noch drei "Brückenkurse" (mit je vierstündiger Abschlußklausur) im Umfang von insgesamt 240 Semesterwochenstunden absolvieren.

Wenn diese Brückenkurse und die D II-Vorprüfung bestanden wurden, so wird damit für das Land Nordrhein-Westfalen die fachgebundene Hochschulreife (Fachabitur) erworben, die auch für verwandte Fächer gilt (Studiengang Physik für Physik, Astronomie, Informatik, Geophysik und Mathematik). Man kann dann das Studium im D II-Zweig aufnehmen oder auch ins Hauptstudium an eine einfache Universität wechseln. (Abiturienten können das sowieso)

Die Diplomvorprüfung Physik wird an allen anderen Hochschulen anerkannt, will man jedoch eines der Fächer studieren, für die man außerdem die fachgebundene Hochschulreife erworben hat, muß man in der Regel von vorne anfangen oder kann wenigstens nur einzelne Scheine anerkennen lassen.

Neuere Entwicklung

Viele Fachschaften, konkret auch die duisburger Physiker, haben damit zu kämpfen, daß von seiten der Lehrenden vom integrierten Studiengang gar nicht soviel gehalten wird.

Wir z.B. müssen uns seit einiger Zeit mit dem Entwurf einer neuen Prüfungsordnung auseinandersetzen, der eine recht starke Trennung des DI- und des DII-Zweiges vorsieht, so daß ein "wissenschaftlicher" Physik-Studiengang und ein reiner Ingenieurstudeingang entstehen werden und ein Wechseln kaum noch möglich ist.

Wir gehen davon aus, daß sich dieser Druck zur "Normalisierung" des Lehrangebots an den Gesamthochschulen noch sehr verschärfen wird, wenn die Neuvellierung des HRG gelingt, die Verhinderung der Novelle ist deshalb für uns ganz unmittelbar notwendig.

Integrierte Studiengänge in NW

Studiengang	Studienrichtung	Abschluß
Bauingenieurwesen	Allgem. Ingenieurbau	D I
	Verkehrsbau	D I
	Konstrukt. Ingenieurbau	D II
	Verkehrsplanung/-systeme	D II
Chemie	Chemie	D I/D II
	Kunststoffe	D I
	Farben, Lacke	D I
	Chem. Labortechnik	D I
	Chem. Reaktionstechnik	D I
	Textilchemie	D I
	Chemische Technik	D II
Elektrotechnik	Allgem. Elektrotechnik	D I/D II
	Elektr. Energietechnik	D I/D II
	Nachrichtentechnik	D I/D II
	Automatisierungstechnik	D I/D II
	Elektrotechnik	D I
	Techn. Datenverarbeitung	D II
Industrial-Design	Industrial-Design	D II
Informatik	Informatik	D I/D II
Kommunikations-Design	Kommunikations-Design	D II
Lebensmittelchemie	Lebensmittelchemie	Staatsexamen
Maschinenbau	Fertigungstechnik	D I/D II
	Konstruktionstechnik	D I/D II
	Produktion	D I
	Konstruktion	D I
	Energietechnik	D I/D II
	Verfahrenstechnik	D I/D II
	Kunststofftechnik	D I/D II
	Fördertechnik	D I
	Hüttenmaschinen	D I
Mathematik	Mathematik	D I/D II
	Wirtschaftsmathematik	D I
	Reine Mathematik	D II
Physik	Physik	D I/D II
Psychologie	Psychologie	D II
Sicherheitstechnik	Sicherheitstechnik	D I/D II
Sozialwissenschaften	Soziale Arbeit und Erziehung	D I
	Soziologie	D II
	Polit. Wissenschaften	D II
	Allg. Sozialwissenschaft	D II
	Angew. Sozialwissensch.	D II
Wirtschaftswissenschaft	Wirtschaftswissenschaft	D I/D II

Protokoll des Ak Fachschaftsarbeit:

Nach langer ermüdender Vorstellung der Fachschaften und deren Aktivitäten wurde klar, daß eine Diskussion ohne vorher vereinbarte Schwerpunkte nicht viel Sinn hat.

Deshalb sollte bei zukünftigen BuFaKs schon vorher ein Schwerpunkt für den Ak Fachschaftsarbeit festgelegt werden um eine Vorbereitung zu ermöglichen.

Wir schlagen hiermit für die nächste BuFaK vor, erneut das Thema Erstsemesterarbeit aufzugreifen und haben deswegen einen Fragebogen zu diesem Thema entworfen. Dieser soll an alle Fachschaften versendet werden mit der Bitte um baldige(!!!) Rücksendung an die Fachschaft Physik der Uni Karlsruhe.

Fragebogen zur Erstsemesterarbeit:

Uni:

- 1) Gibt es bei euch eine Einführungsveranstaltung? Ja / Nein
Wann beginnt sie (relativ zum Semesterbeginn)?
- 2) Wie habt Ihr die Erstsemester darüber informiert?
- 3) Wird diese Arbeit durch den Fachbereich unterstützt (personell, finanziell)? Wie?
- 4) Gibt es noch andere Einführungsveranstaltungen von Uni, Fachbereich, Asta, etc.? Von wem? Welche?
- 5) Gibt es eine Zusammenarbeit mit den anderen Veranstaltern, und wie funktioniert sie?
- 6) Skizziert den Ablauf der Einführungsveranstaltungen auf einem Extrablatt!!!!
- 7) Welche Erfahrungen habt Ihr dabei gemacht? (Eure Beurteilung und die der Erstsemester!) (auf Extrablatt)
- 8) Wollt Ihr beim nächsten Mal an diesem Konzept etwas ändern? Was?
- 9) Finden weitere Aktivitäten für Erstsemester während des Semesters statt? Welche?

bitte wenden!!!

10) Schildert Eure Erfahrungen die Ihr damit gemacht habt! Könnt Ihr, was Ihr gemacht habt weiterempfehlen?

11) Gibt es eine Studienberatung durch die Fachschaft? Wenn ja, in welcher Form?

Füllt diesen Fragebogen bitte sorgfältig aus und sendet ihn (möglichst noch dieses Semester) an

Universität Karlsruhe
- Fachschaft Physik -
Kaiserstr. 12

7500 KARLSRUHE

* Mit Hilfe dieser Fragebogenaktion soll bei der nächsten BuFaK ein Arbeitspapier erstellt werden, das eine Grundlage für die zukünftige Erstsemesterarbeit liefern soll!

Privatadressen BuFaK-Teilnehmer WS 1985/86

Andreas Rammelt Göttingstr. 1 3300 Braunschweig 0531/335471	Beate Gebert Prinzeß-Luise-Str. 112 4330 Mülheim/Ruhr 0208/ 422124
Ralph Kleinitz Gerhardstr. 51 4100 Duisburg 12 0203/431804	Hans-Jürgen Gerber Otto-Hahn-Str. 14 4100 Duisburg 11 0203/581479
Uwe Stuhr Greinstr. 9a 6100 Darmstadt 06151/375726	Alexander Rautenberg Schemkesweg 3-5 4100 Duisburg 1
Mauridis Panagiotis Talstr. 111 4000 Düsseldorf 1 0211/336088 GHS Wuppertal	Georg Hölker Steinfurterstr. 116 4400 Münster 0251/28088
Berndt Götting Hölderlinstr. 22 7400 Tübingen 07071/23463	Helmut Riedel Ludwigstr. 19 3300 Braunschweig 0531/347290
Michael Dörr Herrenbergerstr. 36 7400 Tübingen 07071/49709	Roland Peitsch Pappelsweg 11 5603 Wülfrath 02058/6456
Jürgen Geiger Versbacher Str. 33 8700 Würzburg 0931/283933	Thomas Otto Karlsbrunner Str. 9 3300 Braunschweig 0531/53206
Thomas Straus Torweinbergstr. 23 8702 Thüngersheim 09364/4389	Michael Oestrich Weselerstr. 50 4400 Münster 0251/522970
Christian Reise Robert Kirchhoff Str. 55 8700 Würzburg 0931/273597	Juan Perez Judengasse 3 5100 Aachen 0241/49711
Rainer Miehlich Savitsstr. 20 8000 München 81	Arno Schilz Pfarrergasse 1 8400 Regensburg 0941/563422
Cornelius Lange Dachauerstr. 89 8000 München 2 089/5234296	Christian Stöckl Gardistenstr. 20 6100 Darmstadt 06151/717203
Tatjana Boguth Schützenhofstr. 3 2900 Oldenburg 0441/12612	Walter Pfeiffer Klostergrasse 3 7750 Konstanz 0753/20176
Erhardt Pfeffer Hindenburgufer 81 2300 Kiel 1 0431/85036	Astrid Schellenberger Marktstr. 1 CH-8280 Kreuzlingen 0041/72/727980

Privatadressen BuFaK-Teilnehmer WS 1985/86 (2. Teil)

Ullrich Steiner
Bücklestr. 35
7750 Konstanz
07531/57233

Hermann Baumgarten
Waldhornstr. 36B205
7500 Karlsruhe
0721/377394

Johannes Lauterbach
Untere Str. 31
6900 Heidelberg
06221/21793

Wolfgang Lux
Elisabethstr. 21
6900 Heidelberg
06221/834228

Gerhard Bönisch
Berliner Str. 109
6900 Heidelberg
06221/475110

Ina Tegen
Robert-Bollschweiderstr. 12
6900 Heidelberg
06221/804271

Angelica Scherer
Pfaffengasse 6
6900 Heidelberg
06221/163758

Christian Flath
Grevenerstr. 165
4400 Münster
0251/296989

Achim Eickmeier
Kuhlenstr. 17
4330 Mülheim
0208/478476

Jörg Djuren
Schmiedestr. 6
3016 Seelze 6
0511/482962

Sabine Tappermann
Hermannstr. 2
5100 Aachen
0241/32094

Michael Uwe Möbius
Kohlgartenstr. 8
6750 Kaiserslautern 27
0631/72658

Thomas Stucky
Auf dem Marktplatz 11
6757 Waldfischbach-Burgalben
06333/1513

Christoph Hofheinz
Wilkhausstr. 105
5600 Wuppertal 2
0202/707816

Beate Seegers
Dietrichstr. 18
4000 Düsseldorf 1
0211/223099

Elke Gröger
Triererstr. 123
5300 Bonn
0228/283790

Leo Klimek
Sebastianstr. 24
5300 Bonn 1
0228/225836

Ignatios Souvatsis
Am Bleichgraben 4 Zi.110
5300 Bonn 1
0228/622001

Andreas Winicki
Hindenburgstr. 74
5600 Wuppertal 1
0202/744918

Elmar Krämer
Luisenstr. 58
7500 Karlsruhe

Ralf Ludwig
Eupener Str. 1
5100 Aachen
0241/64336

Original

Fachschaft Mathe-Physik-
Informatik
TH-Aachen
Templergraben 55
5100 Aachen

Fachschaft Physik
Universitätsstr.25
4800 Bielefeld

Fachschaft Physik
Universität Bonn
Wegelerstr. 10
5300 Bonn 1

Fachschaft Mathe-Physik
TU Clausthal
c/o Asta
Silberstr. 1
3392 Clausthal

Fachschaft Physik
TH Darmstadt
Hochschulstr.1
6100 Darmstadt

Fachschaft Mathe/Physik
c/o Asta Uni Hannover
Welfengarten 1
3000 Hannover 1

Fachschaft Physik
Erwin Schroedinger Str.
Bau 46/506
6750 Kaiserslautern

Fachschaft Physik
Universität Karlsruhe
Kaiserstr. 12
7500 Karlsruhe 1

Fachschaft Physik
c/o Asta der GHS Kassel
Wilhelmshoeher Allee 73
3500 Kassel

Fachschaftsausschuß
Physik
II. Physikalisches Institut
Zuelpicherstr. 77
5000 Köln

Fachschaft Mathe/Physik
Maximilians-Universität
Theresienstr. 37
Raum E 11
8000 München 2

Fachschaft Mathe/Physik
Technische Universität
Arcisstr. 19
8000 München 2

Fachschaftsvertretung
Physik an der WU
Institut für Kernphysik
Domagkstr. 71
4400 Münster

Fachschaft Physik
Universität Regensburg
Universitätsstr. 31
8400 Regensburg

Fachschaft Physik
Universität Stuttgart
Pfaffenwaldring 57
7000 Stuttgart 80

Fachschaft Physik
Hörsaalzentrum Raum 8E10
Auf der Morgenstelle
7400 Tübingen

Fachschaft Physik
Physikalisches Institut
Am Hubland
8700 Würzburg

Fachschaft Physik
Ullrich Steiner
Bücklestr. 35
7750 Konstanz

Fachschaft Physik FB8
C.-v.-Ossietszky-Uni
Ammerländer Heerstr.67-99
2900 Oldenburg

FS Mathe/Physik der Uni
Heidelberg
Im Nevenheimer Feld
365 Raum 113 A
6900 Heidelberg

U/GH Paderborn
FB-6 Fachschaftsrat
Warburgerstr. 100
4750 Paderborn

Fachschaft Physik
Universität Mainz
Duesbergweg 7-9
6500 Mainz

Fachschaft Mathe/Physik
Georg- Audust- Uni
Lotzestr.13
3400 Göttingen

Fachschaft Physik
Universität Hamburg
Jungiusstr. 9a
2000 Hamburg 36

Fachschaft Mathe/Physik
TU Braunschweig
c/o Asta der TU
Katarinenstr. 1
3300 Braunschweig

Asta der GH Duisburg
Fachschaft Physik
Lotharstr.
4100 Duisburg1

U/GH Siegen
Fachschaft Physik(FB7)
Adolf-Reichwein-str.
5900 Siegen

Asta Fachhochschule
Fachschaft ag Physik
Dachauerstr. 149
8000 München 2

Fachschaft Freiburg
c/o Harald Gaber
Habsburgerstr. 88
Freiburg

Fachschaft Physik
Uni Düsseldorf
Universitätsstr. 1
4000 Düsseldorf 1

Fachschaft Physik
Renthof 6
3550 Marburg

Sprecherrat der Uni
Fachschaft Physik
Turnstr.6
8520 Erlangen

Rückmeldecoupon zur Rüstungsforschung (s. Protokoll AK Rüstung)

- 1) Gibt es bei euch am Fachbereich oder überhaupt an der Hochschule Rüstungs(-relevante)forschung ? ☐ nicht bekannt
☐ ja, nämlich... (näheres beilegen)
- 2) Gibt es bei euch Leute, die sich kontinuierlich damit beschäftigen? (AStA/Friedensini/...) ☐ ja, nämlich...
(Kontaktadresse beilegen)
☐ nicht bekannt
- 3) Ist euch etwas über Rüstungsforschung in Betrieben bekannt, die in eurer Stadt sind? ☐ nicht bekannt
☐ ja, nämlich... (näheres beilegen)

Bitte einsenden an: BuFaK Physik, Sekretariat, c/o FSR Physik-Astro,
Wegelerstr. 10, 5300 Bonn 1

Rückmeldecoupon zum HRG-Kampf: (siehe Protokoll AK HRG)

- 1) Was für Aktionen zu HRG plant ihr in der nächsten Zeit?
☐ nichts: warum nichts?: ☐ folgendes:

(falls der Platz nicht reicht, näheres beilegen)

Bitte einsenden an: BuFaK Physik, Sekretariat, c/o FSR Physik-Astro,
Wegelerstraße 10, 5300 Bonn 1

